

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung am 12.10.2022

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	19:08 Uhr
Ende:	20:29 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter/in:	Herr Präger
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Behandlung von Anfragen	
4.1.	Aufzug Petersberg Fragesteller: Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN, Herr Städter hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisie- rung Geschäftsführerin Erfurt Tourismus und Marketing GmbH	1450/22

- 5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 5.1. Wirtschaftsplan 2023 der Erfurter Garten- und Ausstellungen gemeinnützige GmbH (ega) **1523/22**
 BE: Leiterin Beteiligungsmanagement
 hinzugezogen:
 Geschäftsführerin Erfurter Garten- und Ausstellungen gGmbH (ega)
- 6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung WBD vom **1023/22**
 08.06.2022 zum TOP 5.1. - Zufahrtsregelung auf das ega-Gelände für Kleingärtner (DS 0488/22)
 BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
 hinzugezogen:
 Geschäftsführerin Erfurter Garten- und Ausstellungen gGmbH (ega)
- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung WBD vom **1652/22**
 14.09.2022 zum TOP 4.5 - Verfügbare Gewerbegrundstücke in Erfurt - Drucksache 1095/22 - hier: Bedarfsermittlung Gewerbeflächen
 BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
- 7. Informationen
- 7.1. Mündliche Informationen
- 7.1.1. Sachstand Digitalranking - Erfurt belegt den letzten Platz **1798/22**
 Fraktion CDU, Herr Waßmann
 hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
- 7.2. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Präger, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung und begrüßte alle Anwesenden. Sodann stellte er die form- und fristgerechte Ladung gemäß § 35 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) fest.

Herr Stampf (Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten) gab bekannt, dass die sachkundige Bürgerin Frau Bechstedt ihre Einladung, obgleich diese laut Poststempel am 30.09.2022 aufgegeben wurde, erst am 08.10.2022 erhalten habe. Er bat die Verwaltung den Sachverhalt zu klären, machte jedoch keinen Ladungsmangel geltend.

Hierauf stellte der Ausschussvorsitzende die Beschlussfähigkeit des Gremiums nach § 36 Abs. 1 ThürKO fest. Zum Zeitpunkt der Sitzungseröffnung waren 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende gab bekannt, dass es eine mündliche Informationsaufforderung - Drucksache 1798/22 Sachstand Digitalranking - Erfurt belegt den letzten Platz des Herrn Waßmann (Fraktion CDU) - gäbe. Zur Aufnahme auf die Tagesordnung sei ein positives Votum des Gremiums mit einfacher Mehrheit notwendig. Hierzu gab es keine Wortmeldungen aus dem Gremium, sodass der Ausschussvorsitzende die Abstimmung hierüber aufrief.

Abstimmungsergebnis

Ja – Stimmen:	9
Nein – Stimmen:	0
Enthaltungen:	3

Die Drucksache wurde als Tagesordnungspunkt 7.1.1. in die Tagesordnung aufgenommen.

Der Ausschussvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache 1450/22 auf Wunsch der einreichenden Fraktion vertagt wurde.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung wurden, auf Rückfrage des Ausschussvorsitzenden, nicht angezeigt.

Der Beigeordnete für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herr Linnert, äußerte den Wunsch nach Änderung der Beratungsreihenfolge. Aufgrund eines Anschlusstermins, ersuchte er darum die Beratung des Tagesordnungspunktes 7.1.1. vorzuziehen und gleich zu

Beginn der Sitzung aufzurufen. Zudem würde er hieran auch eine Information zum Sachstand der Bädersanierung anschließen.

3. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten waren nicht zu behandeln.

4. Behandlung von Anfragen

4.1. Aufzug Petersberg 1450/22

Fragesteller: Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN, Herr Städter

hinzugezogen:

Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

Geschäftsführerin Erfurt Tourismus und Marketing GmbH

vertagt

5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

5.1. Wirtschaftsplan 2023 der Erfurter Garten- und Ausstellungen gemeinnützige GmbH (ega) 1523/22

BE: Leiterin Beteiligungsmanagement

hinzugezogen:

Geschäftsführerin Erfurter Garten- und Ausstellungen gGmbH (ega)

Der Ausschussvorsitzende, Herr Präger, eröffnete die Beratung und beantragte das Rederecht für Frau Weiß (Geschäftsführerin der Erfurter Garten- und Ausstellungen gGmbH (ega)) und Herrn Peter Zaiß (Geschäftsführer der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH). Zu diesem Antrag gab es keine Wortmeldungen.

Im Ergebnis der Abstimmung erteilte das Gremium Frau Weiß und Herrn Zaiß, mit einstimmigem Votum, das Rederecht.

Herr Stampf (Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten) wies auf die in der Vorlage umrissenen künftigen Eintrittskonditionen während der Wintersaison hin und fragte an, wie es sich künftig mit dem Anteil am Eintrittspreis für das Deutsche Gartenbaumuseum verhalte. Nach seiner Kenntnis hätten bisher einige Sportvereine in der eintrittsfreien Wintersaison die Möglichkeit gehabt, ihren sportlichen Aktivitäten auf dem ega-Gelände kostenfrei nachgehen zu können. Er fragte an, wie dies zukünftig gestaltet werde.

Frau Weiß (Geschäftsführerin der Erfurter Garten- und Ausstellungs gGmbH (ega)) führte aus, dass der Kooperationsvertrag mit dem Deutschen Gartenbaumuseum unverändert geblieben sei. Die aktuelle Höhe des Anteils für das Deutsche Gartenbaumuseum am Eintritt für den ega-Park könne sie ad hoc nicht exakt beziffern; werde dies dem Gremium jedoch schriftlich nachreichen. Sie ergänzte, dass der besagte Eintrittsanteil für das Deutsche Gartenbaumuseum nur in dem Fall an das Museum abzuführen sei, wenn die Gäste dies auch tatsächlich aufsuchen und ihr Ticket zur Erfassung vorzeigen würden. Ferner sei das Deutsche Gartenbaumuseum ab dem 01.11.2022 bis zum Saisonbeginn des ega-Parks geschlossen und führe keinen regulären Besucherbetrieb durch. Lediglich vereinzelt Schulklassen würden in dieser Zeit durch das Museum geführt. Der Zugang für diese werde gewährleistet; entsprechende Abstimmungen seien erfolgt. Eintrittspflichtig werde während der Wintersaison künftig die Zeit von 10:00 – 16:00 Uhr sein. Für die Sportvereine werde der eintrittsfreie Zugang nach 16:00 Uhr auch weiterhin gewährleistet; entsprechende Absprachen seien getroffen. Auch in den vergangenen Jahren hätten die Sportvereine erst nach 16:00 Uhr Zutritt zum Gelände erhalten.

Frau Stange (Fraktion DIE LINKE) äußerte, dass sie den Wirtschaftsplan und dessen inkludierte Preiserhöhungen mit Missfallen zur Kenntnis genommen habe. Sie halte diese für unangemessen. Die Erhöhung der Eintrittspreise zum 01.01.2022, welche faktisch für die Unterhaltung des Danakil-Hauses erhoben werde, könne sie vor dem Hintergrund der Bemühungen der Politik um Entlastungen für Familien in Zeiten steigender Kosten nicht nachvollziehen. Sie brachte den Vorschlag ein, mit derartigen Erwägungen zu Preiserhöhungen bis zum Ende des Geschäftsjahres 2023 zu warten. Die hier angedachte Preisanpassung lehne sie ab. Sie schloss die Anfrage an, ob es den Tatsachen entspreche, dass die Gesellschafterversammlung festgelegt habe, dass bis zum Frühjahr keine weitreichenden finanziellen Entscheidungen, u. a. auch keine Neueinstellung von Personal, erfolgen solle. Sie gab ihrer Befürchtung Ausdruck, dass durch ein solches Vorgehen die Kosten für notwendige Vorhaben mit fortschreitender Zeit ggf. noch stärker steigen könnten.

Frau Weiß erläuterte, dass man dem Gremium im vergangenen Jahr einen Wirtschaftsplan vorgelegt habe, welcher noch unter anderen Rahmenbedingungen konzipiert worden sei. Die krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungen hätten jedoch zu einem solch starken Kostenanstieg geführt, dass man um eine Anpassung der Eintrittspreise nicht umhin komme. Dies mache ein Handeln der Geschäftsführung noch in diesem Geschäftsjahr unumgänglich. Den Wintereintrittspreis habe man vorgeschlagen, da zwar im Winter weniger Kosten im Bereich der Pflanzenpflege anfielen; ungeachtet dessen jedoch weiterhin Unterhaltungskosten auflaufen würden. Kosten für die Verkehrssicherung, den Winterdienst, die Bewachung, die Sanitäranlagen etc. würden weiterhin entstehen. Hinsichtlich der Eintrittskonditionen verwies sie auf die in diesem Jahr durchgeführten Aktionen für Familien und Dauerkarteninhaber, welche von diesen profitiert hätten. Die Ganzjahreskarte als neue Tarifoption habe man vorgeschlagen, um besonders den Erfurter Nutzerinnen und Nutzern für einen geringen Aufpreis auch den Zugang in der Wintersaison kostengünstig zu ermöglichen. Innerhalb der SWE habe man sich allerdings verständigt, den Tageseintrittstarif in der Hauptsaison nicht zu erhöhen. Zur Frage des Ausgabemoratoriums bis zum Frühjahr 2023 erläuterte sie, dass ein ähnlich lautender Beschluss in alle Aufsichtsräte der Unternehmen der SWE Stadtwerke Erfurt eingebracht worden sei. So seien u. a. Nachfolgeregelungen für ausscheidende Mitarbeitende von diesem Beschluss nicht betroffen. Es ginge

dem Grunde nach darum, in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation, jede Ausgabe genau und kritisch auf ihre Notwendigkeit zu prüfen, um die wirtschaftliche Stabilität der Unternehmensgruppe nicht zu gefährden.

Herr Maicher (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kritisierte, dass nicht erkennbar sei, ob es eine soziale Staffelung der Wintereintrittspreise gäbe. Er fragte nach, ob eine soziale Staffelung der Wintereintrittspreise weiterhin angedacht sei. Zudem brachte er den Vorschlag ein, den Eintritt in der Wintersaison lediglich nur bei tatsächlicher Nutzung des Danakil-Hauses zu erheben, das Freigelände aber grundsätzlich eintrittsfrei zu belassen. Er äußerte die Befürchtung, dass ein pauschal erhobener Eintritt eher zum Absinken der Besucherzahlen und damit eher zu Mindereinnahmen führen könnte.

Frau Weiß gab an, dass es soziale Abstufungen im Wintereintrittstarif gäbe. Sie werde die entsprechende Tabelle nachreichen. Sie halte den Vorschlag von Herrn Maicher für nicht umsetzbar, da auch in der Wintersaison und auch für die Unterhaltung des Freigeländes erhebliche Kosten anfielen. Im Vergleich zu den zurückliegenden Geschäftsjahren seien diese zudem stark gestiegen und auch weiterhin im Steigen begriffen. Daher sei es unumgänglich auch für das Freigelände in der Wintersaison künftig eine Eintrittsgebühr zu erheben. Sie sagte jedoch zu, die Anregung aufzugreifen und die Überlegung mit in die interne Abstimmung zu nehmen, ob man in der Wintersaison ggf. nochmals zwischen einem Eintritt inkl. Nutzung der zugänglichen Innenbereiche und einer ausschließlichen Nutzungsberechtigung für das Freigelände differenzieren könne.

Der Ausschuss traf folgende Festlegung:

Drucksache 1846/22	Festlegung Der Ausschuss bittet um Information darüber: <ol style="list-style-type: none">1. Wie künftig die Eintrittskonditionen des ega-Parks in der Wintersaison ausgestaltet werden (inkl. sozialer Staffelung und Sonderkonditionen).2. Welche Summe pro verkauftem Ticket anteilig dem Deutschen Gartenbaumuseum zufließt (bitte Sortierung Anteil nach den verschiedenen Ticketkategorien (soziale Staffelung, Sonderkonditionen)). T: 30.11.2022 V: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
---------------------------	--

Herr Vothknecht (Fraktion CDU) wies auf die unsichere wirtschaftliche Situation hin und lobte den Mut der Geschäftsführung der ega gGmbH trotzdem einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Er sehe die Optimierung der Einnahmenseite als unumgänglich an, nicht zuletzt deshalb, weil der anhaltenden Geldentwertung auch eine adäquate Anpassung der Gehälter der Mitarbeitenden folgen müsse, um soziale Härten zu vermeiden. Er fragte an, ob man derzeit erwäge energieintensive Anlagen (wie das Danakil) für den Besucherverkehr zu schließen. Ferner ob dies überhaupt möglich sei und was dies ggf. für Konsequenzen hätte.

Frau Weiß erläuterte, dass man, im schlimmsten Fall, den Bestand des Danakil im neuen Überwinterungsquartier unterbringen werde. Man habe hier Maßnahmen ergriffen, um dies Gasunabhängig betreiben zu können und die Notversorgung der Anlage entsprechend angepasst. Im Fall des tatsächlichen Eintritts einer Gasmangellage sei es jedoch grundsätzlich fraglich, dass man den Park weiterhin betreiben könne.

Herr Waßmann (Fraktion CDU) bewertete den Wirtschaftsplan als positiv, da dieser sehr vorsichtig und bedächtig ausgearbeitet sei. Er wies darauf hin, dass die SWE-Gruppe den Betrieb des ega-Parks neuerlich mit einem millionenschweren Zuschuss unterstützen würde. Dieser müsste unweigerlich weiter aufwachsen, wenn man keine Preiserhöhungen durchführen würde. Die Preiserhöhungen seien zwar unschön, in der derzeitigen Situation seien sie jedoch eine notwendige Maßnahme. Er halte dies aber, im Verhältnis zur derzeitigen Situation, für vertretbar. Den Beschluss des Aufsichtsrates zu Einsparungen bewertete er als wichtiges Signal nach außen; stellte jedoch klar, dass aus diesem kein Absolutheitsanspruch hervorgehe und Entscheidungen stets eine Frage der Abwägungen der Geschäftsführung bleiben würden.

Herr Pfistner (Fraktion CDU) wies auf einen Beschluss des Stadtrats hin, welcher ursprünglich eine maximale Zuschusssumme für die ega von maximal drei Millionen Euro pro Geschäftsjahr festgelegt habe. In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen halte er die über fünf Millionen Euro Zuschuss aus der SWE Holding jedoch für vertretbar. Er unterstrich, dass der zu zahlende Zuschuss maßgeblich über die Einnahmen aus der Lieferung von Energie erwirtschaftet werde. Steige der Zuschuss, müssten die Kunden unweigerlich noch mehr Geld für die Kosten der Energielieferung aufbringen. Er halte weitere Vergünstigungen bei der Eintrittspreisgestaltung daher momentan für nicht darstellbar. Die notwendigen höheren Eintrittstarife seien auch eine Konsequenz aus dem Mindestlohn. Er kritisierte die Haltung höhere Löhne und bessere Konditionen zu fordern, andererseits jedoch notwendig steigende Preise zu kritisieren. Wer das eine wolle, müsse das andere ebenfalls akzeptieren. Den vorgelegten Wirtschaftsplan halte er für positiv und werde diesem entsprechend zustimmen.

Herr Stampf kritisierte einen, nach seinem Empfinden, laufend ansteigenden Zuschussbedarf der ega. Hier sei die Geschäftsführung aufgefordert nach Lösungen zu suchen, um diesen nicht weiter ansteigen zu lassen. Zur Frage der Wintereintrittspreise wies er auf einen Stadtratsbeschluss hin, nach welchem Erfurter Kindergartengruppen im Winter freien Eintritt genießen würden. Er erkundigte sich, ob dies auch weiterhin der Fall sein würde?

Frau Weiß stellte klar, dass der Eintritt für Kindergartengruppen weiterhin kostenfrei gewährt werde. Auch Kinder bis 6 Jahren würden weiterhin kostenfreien Eintritt genießen.

Herr Grenzdörffer fragte an, ob die Jahreskarte für das Jahr 2023 oder für die Dauer von 365 Tagen ihre Gültigkeit behalten werde. Er warf zudem die Fragen auf, welche Auswirkungen die Gaspreisbremse ggf. hätte und ob die ega ihre Energielieferungen nicht ohnehin von der SWE beziehen würde, wodurch folglich Mehrkosten ohnehin über den Zuschuss kompensiert würden. Eine Preiserhöhung halte er, aufgrund der überregionalen Bedeutung der ega, in der aktuellen Situation für vertretbar.

Frau Weiß erklärte, dass die Ganzjahreskarte für das jeweilige Jahr gelten werde. Diese könne jedoch im Vorverkauf auch kostengünstiger erworben werden. Die Regelung der Gaspreisbremse habe keine Auswirkungen, da man als ega gGmbH kein geschützter Kunde sei. Man würde also sofort aus der Versorgung herausfallen, im Falle einer Gasmangellage. Man sei als ega nicht in Gruppenverträge integriert und schließe daher selbstständig Verträge mit der SWE Energie GmbH ab.

Herr Grenzdörffer erkundigte sich, ob die ega nicht von der gleitenden Gasbeschaffung profitieren würde.

Herr Zaiß (Geschäftsführer der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH) führte aus, dass eine Gasmangellage abhängig davon sei, wie mild der Winter werde und ob die Speicherbestände im europäischen Verbund ausreichen würden. Er zeige sich für den Winter 2022/23 optimistisch. Dieser werde voraussichtlich mild verlaufen und die Gasspeicher seien im europäischen Verbund zu 91 % gefüllt. Wenn es jedoch nicht gelänge, die Beschaffung im kommenden Jahr auf eine solide Basis zu stellen, werde man im Winter 2023/24 erhebliche Probleme bekommen. Er sei froh darüber, dass die ega rechtzeitig Vorsorge für eine Notsicherung der Pflanzen getroffen habe. Zum Thema Energieeinkauf führte er aus, dass es derzeit keinen freien Markt mehr für den Einkauf von Strom und Gas gäbe. Alle geschlossenen Verträge liefen zum Jahresende aus. Gas und Strom könne dann nicht mehr zu einem verlässlich kalkulierbaren Preis abgegeben werden. Besonders für produzierende Unternehmen bedeute dies erhebliche Risiken und könne wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich bringen. Selbst die Erfurter Verkehrsbetriebe AG (EVAG) müsste ihren immensen Bedarf an Strom zu sehr hohen, derzeit marktüblichen Preisen, decken. Man kaufe im Vorfeld in 10 oder 12 Tranchen lediglich für die privaten Bestandskunden ein; neue Privatkunden würden nunmehr automatisch in der Grund- und Ersatzversorgung landen. Die angekündigte Strom- und Gaspreisbremse müsse umgesetzt werden, um hier überhaupt wieder neue Perspektiven aufzeigen zu können. Bezüglich der Zuschüsse der SWE Holding für die ega sehe er im Moment das Maximum erreicht. Einen noch höheren Zuschuss könne man finanziell nicht mehr darstellen, bzw. würde ein solcher, aus seiner Sicht, die finanzielle Stabilität der ganzen Gruppe gefährden.

Herr Pfistner wies darauf hin, dass man seitens der kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger stetig neue Anforderungen an die SWE adressiert habe. Nunmehr könne man nicht mehr nur von der Arbeit der Stadtwerke profitieren und neue Forderungen erheben, sondern müsse sie auch in schlechteren Zeiten stützen.

Herr Präger äußerte den Wunsch, dass bei zukünftigen geplanten Preiserhöhungen eine konkrete schriftliche Information hierzu vorab an das Gremium übersandt werden solle. Er zeigte sich überrascht über den Verlauf der gegenwärtigen Diskussion. Es sei eine Tatsache, dass die Kosten steigen würden. Dies stelle der Wirtschaftsplan auch so dar. Hieraus ergebe sich, dass man prüfen könnte, ob die Geschäftsführung bereits alle Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft habe. Sei dies der Fall, müsse man die Einnahmenseite regulieren. Hier könne man dann ggf. darüber beraten, ob man bestimmte Personengruppen, zur Vermeidung sozialer Härten, innerhalb des Tarifsystems entlasten wolle. Er zeigte sich unzufrieden damit, dass die Fraktionen jeweils ihre grundsätzliche Position deutlich gemacht hätten, was regelmäßig in ähnlich gelagerten Beratungen vorkäme. Dies halte er in der Sache

jedoch nicht für zielführend. Für zukünftige Beratungen über Wirtschaftspläne wünsche er sich konkrete Lösungsvorschläge aus den einzelnen Fraktionen und ggf. konkrete Änderungs- und Ergänzungsanträge.

Nachdem, auf Rückfrage des Ausschussvorsitzenden, keine weiteren Wortmeldungen angezeigt worden, schloss dieser die Beratung und rief sodann die Abstimmung über die Entscheidungsvorlage in Drucksache 1523/22 Wirtschaftsplan 2023 der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega) auf.

beschlossen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2023 der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega), Stand 15.08.2022, gemäß Anlage 1¹ wird festgestellt.

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung WBD vom 08.06.2022 zum TOP 5.1. - Zufahrtsregelung auf das ega-Gelände für Kleingärtner (DS 0488/22) 1023/22**
BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
hinzugezogen:
Geschäftsführerin Erfurter Garten- und Ausstellungs gGmbH (ega)

Frau Weiß (Geschäftsführerin der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega)) gab bekannt, dass die Klage der Kleingärtner abgewiesen worden sei.

Nachdem, auf Rückfrage des Ausschussvorsitzenden, keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt angezeigt wurden, schloss dieser die Beratung.

zur Kenntnis genommen

¹ Redaktionelle Anmerkung: Die Anlage 1 liegt als Anlage 1 dieser Niederschrift bei.

6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung WBD vom 14.09.2022 zum TOP 4.5 - Verfügbare Gewerbegrundstücke in Erfurt - Drucksache 1095/22 - hier: Bedarfsermittlung Gewerbeflächen
BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

1652/22

Herr Stampf (Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten) erkundigte sich, ob eine zeitliche Begrenzung der Flächennutzung mit dem Betreiber des Solarparks im Gewerbegebiet »An der Lache« vereinbart sei.

Frau Stange (Fraktion DIE LINKE) fragte an, ob für den in Rede stehenden Bereich ein gültiger Bebauungsplan vorliege, welcher zu beachten sei.

Herr Vothknecht (Fraktion CDU) fragte an, ob für den Fall einer zeitlichen Befristung, eine Pflicht zum Rückbau der PV-Anlage mit dem Betreiber vereinbart worden sei.

Herr Bärwolff (Beigeordneter für Bau, Verkehr und Sport) bedauerte, die Informationen nicht ad hoc liefern zu können, sicherte aber eine schriftliche Beantwortung zu.

Das Gremium traf hierauf folgende Festlegung:

Drucksache 1844/22	<p>Festlegung</p> <p>Der Ausschuss bittet um die Beantwortung folgender ergänzender Fragen:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Wurde die Flächennutzung für den Solarpark im Gewerbegebiet »An der Lache« zeitlich befristet oder unbefristet vereinbart?2. Ist, für den Fall einer zeitlichen Befristung, eine Pflicht zum Rückbau der PV-Anlage mit dem Betreiber vereinbart?3. Liegt für den in Rede stehenden Bereich ein gültiger B-Plan vor, welcher zu beachten ist? <p>T: 30.11.2022 V: Beigeordneter für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung</p>
--------------------	--

Nachdem, auf Rückfrage des Ausschussvorsitzenden, keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt angezeigt wurden, schloss dieser die Beratung.

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

7.1. Mündliche Informationen

7.1.1. Sachstand Digitalranking - Erfurt belegt den letzten Platz 1798/22 Fraktion CDU, Herr Waßmann hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

Herr Linnert (Beigeordneter für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung) gab bekannt, dass es zum in Rede stehenden Themenkreis auch eine Anfrage des Herrn Maicher (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gäbe. Diese werde durch die Verwaltung demnächst noch in schriftlicher Form beantwortet. Auf die Frage, warum die Verwaltung nicht an der zugrundeliegenden Umfrage teilgenommen habe, führte der Beigeordnete aus, dass man aufgrund der zahlreichen Anfragen nur selektiv an ausgewählten Umfragen teilnehmen könne. Die personellen und zeitlichen Ressourcen reichten nicht aus, um auf alle Anfragen entsprechend reagieren zu können. Hierzu gäbe es eine Festlegung des Oberbürgermeisters, welche besage, dass man nur an Umfragen teilnehme, bei denen die Teilnahme durch den Deutschen Städtetag oder den Gemeinde- und Städtebund empfohlen sei. Eine solche Empfehlung läge für Bitkom e. V. nicht vor. Er persönlich bedauere das Ergebnis der Umfrage, zumal hierdurch die Außenwirkung der Landeshauptstadt Erfurt leiden würde. Man habe diesen Umstand zum Anlass genommen, um in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters ausführlich hierüber zu diskutieren. Man werde reflektieren, welche Stellung das Thema für die Verwaltung habe. Ungeachtet dessen wolle man auch nicht jede mögliche Option in Erfurt ausschöpfen. So sei es, beispielsweise, nicht der politische Wille der Stadtspitze auf allen denkbaren Social-Media-Plattformen Präsenz zu zeigen. Aufwand und Nutzen stünden hier zuweilen in keinem Verhältnis zueinander. Er sei, unabhängig vom Ergebnis der Studie, der Überzeugung, dass die Stadtverwaltung und die Stadtwerke sich in vielen Bereichen der Digitalisierung, mit guten Ergebnissen, engagieren würden. So würde der Schwerpunkt der Verwaltung auf der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse ruhen, was er auch als Kernanliegen kommunaler Digitalisierungsanstrengungen ansehe. Er wies darauf hin, dass man im Ranking des IT-Statusberichts Thüringen als Landeshauptstadt Erfurt relativ weit vorn läge. Eine Schwäche müsse man jedoch darin erblicken, dass man verwaltungsintern die zu digitalisierenden Prozesse stellenweise nicht genügend kenne. Dies sei jedoch eine zwingende Voraussetzung, um diese auch digital abbilden zu können. Man habe, um diesem Erfordernis Rechnung zu tragen, neue Stellen für Prozessmanager eingeplant, deren Aufgabe es künftig sein werde, Prozesse zu analysieren und zu optimieren.

Herr Dr. Roth (Leiter des Amtes für Datenverarbeitung) führte aus, dass man sich mit Bitkom e. V. in Verbindung gesetzt habe. Dort habe man mitgeteilt, dass es sich um eine unverbindliche Information handle. Im Bereich der Verwaltung habe man seines Erachtens gar nicht allzu schlecht abgeschnitten, wobei man sich gewünscht hätte, dass hier die Bewertung noch etwas besser ausgefallen sei. Derzeit halte man 44 digitalisierte Verwaltungsdienstleistungsprozesse vor; 13 weitere Projekte seien derzeit auf dem Weg. Viele Vorhaben im Bereich der Digitalisierung würden auch gemeinsam mit der SWE Stadtwerke

Erfurt GmbH umgesetzt, bzw. stimme man sich hinsichtlich einer Aufgabenteilung ab (bspw. Vermeidung einer Doppelstruktur bei der Bereitstellung von Public WLAN). Teile der Kritik aus der Studie könne er nicht nachvollziehen; u. a. werde argumentiert, dass es in Erfurt kein smartes Verkehrsleitsystem gäbe. Der durch die Stadt Erfurt betriebene Verkehrsleitreechner sei, nach Auskunft des Herstellers, jedoch eines der modernsten digitalen Verkehrsleitsysteme, die auf dem Markt erhältlich wären. Wie der zuständige Beigeordnete bereits ausgeführt habe, seien die Digitalisierungsanstrengungen der Stadtverwaltung vorwiegend verwaltungsorientiert ausgerichtet. Er selbst vertrete die Stadt Erfurt im Arbeitskreis Digitalisierung des Deutschen Städtebundes, wo man einen guten Stand habe und oft als Vortragender eingeladen werde. Derartige Dinge seien in der Studie des Verbandes Bitkom nicht berücksichtigt worden.

Der Ausschussvorsitzende beantragte das Rederecht für Herrn Zaiß (Geschäftsführer der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH). Zu diesem Antrag gab es keine Wortmeldungen.

Im Ergebnis der Abstimmung erteilte das Gremium Herrn Zaiß einvernehmlich das Rederecht.

Herr Zaiß (Geschäftsführer der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH) führte aus, dass er so viele Umfrageanfragen bekommen würde, dass er grundsätzlich nur an verpflichtenden Umfragen teilnehmen könne. Die Übrigen könnten keine Beachtung finden, da dies nicht zu leisten sei. Die Stadtwerke Erfurt leisteten derzeit ihren Beitrag zum Thema smart city durch die Bereitstellung des Public WLAN und durch ihr elektronisches Wasserzählerstandserfassungssystem, welches zukünftig auch in der Lage sein werde Umweltdaten zu erheben. Dies werde künftig auch einen wichtigen Beitrag zum Themenkreis Energiemanagement an Schulen leisten. Die Studie habe jedoch auch positive Aspekte herausgestellt, etwa die Tatsache, dass man an Endhaltestellen der Straßenbahnen Carsharing-Stationen vorhalte. Das Fehlen von Ausleihmöglichkeiten für Fahrräder und E-Scooter sei durch die Stadtwerke Gruppe gewollt. Zwar werde dies in der Studie kritisiert, jedoch habe man seitens des Unternehmens kein Interesse daran, derartige Infrastrukturen, die hohe Kosten aufwerfen und ggf. den ÖPNV behindern würden, zu unterstützen. Kooperationen mit anderen Anbietern würden nur eingegangen, wenn diese auch der SWE einen Vorteil bieten würden. Ein einseitiger Nutzen für andere Unternehmen sei hingegen nicht akzeptabel. Er rief dazu auf, die Ergebnisse der Studie nicht zu überschätzen und weiterhin einen eignen Erfurter Weg zu beschreiten.

Herr Präger zeigte sich gespannt auf die Ergebnisse der schriftlichen Beantwortung der Anfrage von Herrn Maicher. Die in Rede stehende Studie sei vorliegend nur ein Anlass. Dem Grunde nach gehe es um die Frage, wo die Landeshauptstadt Erfurt bei den Themen Digitalisierung und smart city insgesamt stehe bzw. wo die entsprechenden Ziele und Prioritäten liegen würden.

Herr Waßmann erläuterte nochmals die Gründe seiner Informationsaufforderung. Er habe den Eindruck, dass das Thema Digitalisierung noch nicht mit dem notwendigen Engagement vorangetrieben werde. Er wies darauf hin, dass man die Außenwirkung der Studienergebnisse dennoch nicht unterschätzen sollte. So habe er bereits vor der medialen Berichterstattung Anfragen bezüglich der Studienergebnisse erhalten, auch von einer nam-

haften deutschen Wirtschaftszeitschrift. Bitkom sei ein großer und wichtiger Verband, dessen Einfluss man nicht relativieren sollte, denn hinter diesem Verband stünden ca. zwei Millionen Arbeitnehmende. Er regte an, die Beantwortung von Umfragen künftig im Einzelfall präziser zu prüfen. Derartige Ergebnisse dürften sich nicht wiederholen, denn es gehe nicht nur um dieses Einzelergebnis, sondern auch um die Wahrnehmung des Erfurter »Wirtschaftsklimas«, welches entscheidend durch derartige mediale Berichterstattungen beeinflusst werde.

Herr Maicher (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) äußerte den Wunsch nach mehr Selbstkritik der Verwaltung, angesichts der Ergebnisse der Studie. Ihn störe die Darstellung der Verwaltung, die suggeriere, dass man vollumfänglich auf einem guten Weg sei. Es gäbe Aufholbedarfe, welche man reflektieren und in zukünftige Planungen einbeziehen sollte. Er fragte an, ob es Bestrebungen gäbe, mit benachbarten Städten, welche im Ranking besser abgeschnitten hätten, in Verbindung zu treten und von deren Erfahrungen entsprechend zu profitieren.

Herr Linnert gab an, dass er durchaus auch Verbesserungsbedarf sehe und die kritisch angesprochenen Punkte keinesfalls pauschal zurückweise. Er wies nochmals darauf hin, dass die Digitalstrategie der Stadt Erfurt auf einen Kernaspekt, nämlich auf die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen konzentriert sei. Diese würden den Bürgerinnen und Bürgern helfen, was letztendlich das Ziel aller Digitalisierungsanstrengungen der öffentlichen Verwaltung sein müsse. Digitalisierungsprozesse, welche für Bürgerinnen und Bürger letztendlich keinen Mehrwert generieren und nur der Mehrung des Profits gewisser Unternehmen dienen würden, könnten für eine Kommune nicht erstrebenswert sein. Er bot an, dem Gremium bei Gelegenheit nochmals die Digitalstrategie der Verwaltung ausführlich zu erörtern und deren Aspekte gemeinsam zu diskutieren.

Herr Grenzdörffer (Sachkundiger Bürger) widersprach der These, dass die Landeshauptstadt im Bereich der Digitalisierung untätig sei. Er habe als Unternehmer positive Erfahrungen mit den angebotenen digitalisierten Verwaltungsdienstleistungen gemacht. Hinsichtlich der Arbeit mit social media wies er darauf hin, dass Parallelstrukturen nicht immer zielführend seien, denn derzeit würden sich bereits zahlreiche junge Menschen unabhängig auf den entsprechenden Kanälen für ein positives Image der Stadt Erfurt einsetzen. Zu den Parametern der Studie, welche nicht öffentlich zugänglich waren, unterstrich er, dass man diese Seitens des Umfrageerstellers geschätzt habe. Insofern seien hier Fehler aufgetreten und die Ergebnisse dürften folglich nicht überbewertet werden. Zum Aspekt der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse äußerte er die Überzeugung, dass diese nicht gelingen könne, wenn man verbesserungswürdige Prozesse schlicht digital übersetze. Man müsse sich zunächst die Prozesse anschauen, diese optimieren und erst dann könne man sie erfolgreich digital abbilden. Die Digitalisierung müsste schließlich Verbesserungen mit sich bringen.

Herr Präger bekräftigte nochmals den Wunsch nach einer ausführlichen Beantwortung der Anfrage des Herrn Maicher. Er ersuchte ausdrücklich darum, auf die einzelnen Punkte auch sachbezogen einzugehen und diese so umfangreich, wie möglich, zu beantworten.

Nachdem, auf Rückfrage des Ausschussvorsitzenden, keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt angezeigt wurden, schloss dieser die Beratung.

zur Kenntnis genommen

7.2. Sonstige Informationen

Der Beigeordnete für Finanzen Wirtschaft und Digitalisierung, Herr Linnert, informierte zum Sachstand der Bädersanierung. Der Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraums sei abgelehnt worden, weil dies nur jährlich möglich sei. Folglich werde man im nächsten Jahr entsprechend wieder tätig werden und einen erneuten Antrag stellen. Im Nachtragshaushalt würden die betroffenen Ansätze entsprechend berücksichtigt.

Weitere Informationen waren nicht bekannt zu machen.

Nach Erschöpfung der Tagesordnung und dem Ausbleiben weiterer Wünsche nach Redebeiträgen aus dem Gremium, dankte der Ausschussvorsitzende allen Anwesenden für ihre Mitarbeit und schloss sodann die Sitzung.

gez. Präger
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer